

## Der Thurgau kann sich die EXPO 2027 nicht leisten!

*Von Kantonsrat Vico Zahnd, St. Margarethen*

Am 5. Juni 2016 kann das Thurgauer Stimmvolk über den 3 Mio. Fr. Planungskredit für die EXPO 2027 abstimmen. Dies ist aber nur dank dem Entscheid des Grossen Rates möglich der beschloss, dass der Planungskredit zwingend einer Volksabstimmung unterstellt werden muss. Der Regierungsrat wollte das Volk zum jetzigen Zeitpunkt weiter umgehen, da er ihm nicht zutraute, mit den vorliegenden Unterlagen und dem heutigen Wissensstand sich ein Urteil über die EXPO 2027 bilden zu können.

Mir ist natürlich auch klar, dass sich der Kanton Thurgau den Planungskredit von 3 Mio. Fr. verteilt über die nächsten drei Jahre leisten könnte. **Warum soll der Kanton aber dieses Geld ausgeben wenn jetzt schon klar ist, dass er das Ergebnis von dieser Planung nicht vermag?** Gerade zum jetzigen Zeitpunkt, in welchem uns die Beratungen der LÜP, bei welcher 48 Millionen „eingespart“ werden mussten, noch äusserst präsent sind, sollte der Kanton seine Ausgaben mit mehr Augenmass tätigen. Es kann nicht angehen, dass kurz nach dem neue Gebühren eingeführt und bestehende Gebühren erhöht sowie den Pendlern die Abzüge gekürzt wurden, Steuergelder mit beiden Händen zum Fenster hinausgeschmissen werden.

Der Regierungsrat hat in seiner Botschaft an den Grossen Rat geschrieben, dass er mit Ausgaben von 1.5-2.0 Milliarden Fr. rechnet. Ich gehe zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass wir für die EXPO 2027 **mindestens mit einem Gesamtbudget von 2 Milliarden** rechnen müssen! Gemäss Erfahrungswerten ist davon auszugehen, dass ca. 63% dieser Ausgaben durch die öffentliche Hand übernommen werden müssen. Sollte der Bund die bis jetzt versprochenen 50% (oder max. 1 Milliarde) übernehmen, bliebe ein Rest von ca. 650 Millionen Fr., welcher durch die drei Trägerkantone gestemmt werden müsste! **Der Kanton Thurgau kommt bei der EXPO 2027 also sicher nicht unter 200 Millionen Fr. davon, was wir uns schlicht und einfach nicht leisten können.**

Ich bitte das Thurgauer Volk, den Planungskredit für die EXPO 2027 an 5. Juni abzulehnen, da eine EXPO nur mit Steuererhöhungen und einem zusätzlichen Leistungsabbau in der Infrastruktur, der Bildung und dem Gesundheitswesen finanziert werden könnte.